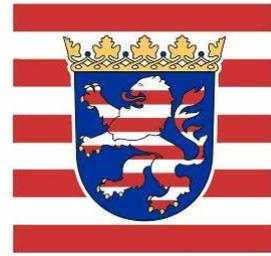




HESSEN



Bericht aus Brüssel

08/2020 vom 24.04.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Europäisches Parlament.....	12
Digital.....	16
Forschung.....	16
Finanzdienstleistungen.....	17
Finanzen.....	17
Soziales.....	18
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	19
Umwelt.....	19
Justiz.....	19
Inneres.....	20
Bildung und Kultur.....	21
Veranstaltungen.....	22
Vorschau.....	23

Kommission; Zeitplan Verhandlungen künftige Partnerschaft EU-GBR

Der Chefverhandler der EU, Michel Barnier und der Chefverhandler von GBR, David Frost, haben am 15.04.2020 per Videokonferenz einen Zeitplan für weitere Gespräche für die Verhandlungen zwischen der EU und GBR über die künftige Partnerschaft vereinbart, um bis Juni (geplante High Level Conference) spürbare Verhandlungsfortschritte zu erzielen. Weitere Verhandlungsrunden sind für die Wochen 20.04., 11.05. und 01.06.2020 vereinbart worden. Angesichts der anhaltenden Coronakrise werden diese Verhandlungsrunden per Videokonferenz stattfinden. Die Brexit-Übergangsphase läuft bis zum 31.12.2020. Der Übergangszeitraum kann ein Mal um höchstens ein oder zwei Jahre verlängert werden, wenn dies beide Seiten vor dem 01.07.2020 beschließen. Bisher lehnt es GBR ab, die Übergangsphase zu verlängern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_20_672

Kommission; Verhandlungsrunde künftige Partnerschaft EU-GBR

Vom 20.-24.04.2020 hat eine weitere Verhandlungsrunde über die künftige Partnerschaft zwischen der EU und GBR stattgefunden. Angesichts der anhaltenden Coronavirus-Krise wurde die Verhandlungsrunde per Videokonferenz abgehalten. Der Chefverhandler der EU, Michel Barnier äußerte nach der Verhandlungsrunde, dass es kaum Fortschritte gegeben habe. GBR habe sich geweigert, sich ernsthaft mit einer Reihe grundlegender Fragen zu befassen – Fragen, die in der politischen Erklärung zum Austrittsabkommen vereinbart wurden, so Barnier. Er nannte vor allem vier Bereiche, in denen die Fortschritte in dieser Woche enttäuschend waren. Beim Thema gleiche Wettbewerbsbedingungen betonte er, es werde kein ehrgeiziges Handelsabkommen ohne ehrgeizige gleiche Wettbewerbsbedingungen für einen offenen und fairen Wettbewerb geben. Aktuell wolle GBR jedoch nicht über gleiche Wettbewerbsbedingungen sprechen. Beim Thema einheitlicher Governance-Rahmen erläuterte Barnier, die EU habe einen einheitlichen Rahmen für GBR und die EU vorgeschlagen, um alle Bereiche der künftigen Beziehungen gemeinsam und effizient zu verwalten. GBR bestehe jedoch nach wie vor auf einer Reihe separater Abkommen, jedes mit seinen eigenen Governance-Regelungen. Bei den Themen künftige polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen sowie Fischerei seien ebenfalls keine Fortschritte erzielt worden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_73

Europäischer Rat; Videokonferenz am 23.04.2020 zu Covid-19

Die Mitglieder des Europäischen Rates (ER) sprachen am 23.04.2020 in einer Videokonferenz erneut über den weiteren Umgang mit dem Ausbruch von Covid-19. Im Mittelpunkt der nunmehr vierten Videokonferenz des ER stand die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Krise. Die Staats- und Regierungschefs stimmten den Vorschlägen der Eurogruppe vom 09.04.2020 für ein Kreditpaket mit einem Gesamtvolumen von bis zu 540 Mrd. EUR (sog. drei „Sicherheitsnetze“ für Staaten, Unternehmen und Arbeitnehmer) zu. Es soll zum 01.06.2020 in Kraft treten. Darüber hinaus diskutierten sie die Ausgestaltung eines sog. Wiederaufbaufonds („Recovery Fund“). Nachdem die Forderung von ITL nach sog. Corona-Bonds keine Mehrheit im Rahmen der EU-27 findet, zeichnet sich eine Lösung über einen Wiederaufbaufonds ab, der eine Verbindung zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) haben soll. Auch insoweit gehen die Meinungen der Mitgliedstaaten aber noch so weit auseinander, dass der ER – erwartungsgemäß – keine Einigung in der Sache erzielt hat. Er hat vielmehr die Kommission mit der Ausarbeitung von Vorschlägen beauftragt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte diese nach der Sitzung für die

zweite oder dritte Maiwoche an. Der ER begrüßte ferner die „Roadmap for Recovery“, die ER-Präsident Charles Michel am 21.04.2020 präsentiert hatte. Der ER hat keine förmlichen Schlussfolgerungen (SF) verabschiedet. ER-Präsident Michel hat die Ergebnisse vielmehr in eigenen SF zusammengefasst. Dies war bereits vor dem ER so vereinbart worden. Der ER hat sich ferner darauf verständigt, dass am 06.05.2020 ein Westbalkangipfel im Videoformat stattfinden soll. Ein neuer Termin für eine ER-Sitzung steht noch nicht fest.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/european-council/2020/04/23/>

C o r o n a

Kommission; Europäischer Fahrplan zur Aufhebung der COVID-19-Maßnahmen vorgestellt

Am 15.04.2020 haben die Präsidenten der Kommission und des Europäischen Rates, (ER) Ursula von der Leyen und Charles Michel, eine koordinierte Strategie zur Vorbereitung der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Normalisierung und zur Zeit nach der Krise vorgelegt. Diesen hatte der ER am 26.03.2020 in einer gemeinsamen Erklärung gefordert. Ziel ist ein abgestimmtes Vorgehen der Mitgliedstaaten (MS) bei der Einleitung der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Normalisierung. Inhaltlich stellt der Fahrplan einen Vorschlagskatalog dar, der ein zwischen den MS abgestimmtes Vorgehen unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Situation ermöglichen soll. Dies umfasst gesundheitspolitische Kriterien für die Festlegung des Zeitrahmens für Lockerungsmaßnahmen und Leitlinien zur Berücksichtigung der europäischen Dimension bei deren Umsetzung. Im Zuge der schrittweisen Aufhebung der Beschränkung erachtet die Kommission zudem weitere flankierende Maßnahmen im Bereich Gesundheitsschutz und -forschung als erforderlich, bei denen sie die MS durch abgestimmte Maßnahmen auf europäischer Ebene unterstützen möchte. Abschließend werden konkrete Empfehlungen für die nächsten Schritte der MS aufgeführt, welche neben den genannten Bereichen auch Fragen zur Aufhebung der Grenzkontrollen, zur Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit sowie Aufhebung der sozialen Distanz unter besonderer Berücksichtigung von Bildungs- und Studieneinrichtungen, dem Einzelhandel, der Gastronomie und dem Veranstaltungswesen erörtern. Im Rahmen der Präsentation des europäischen Fahrplans zur Aufhebung der COVID-19-Maßnahmen kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, dass die Kommission eine Aktualisierung des Arbeitsprogrammes der Kommission für das Jahr 2020 sowie einen im Hinblick auf die Corona-bedingte Situation überarbeiteten Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen vorlegen wird.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/joint_eu_roadmap_lifting_covid19_containment_measures_de.pdf

Europäischer Rat; Vorlage eines Fahrplans für den Wiederaufbau

Der Präsident des Europäischen Rates (ER), Charles Michel, hat am 21.04.2020 einen Fahrplan für den Wiederaufbau (sog. „Roadmap for Recovery“) vorgelegt. Diese ist Teil des Mandats, das der ER bei seiner letzten Videokonferenz am 26.03.2020 dem ER-Präsidenten und der Kommissionspräsidentin gegeben hatte. Die Roadmap weist einleitend darauf hin, dass die Antwort der EU auf die Krise in Einheit und Solidarität erfolgen müsse. Es sei Zeit, einen umfassenden Wiederaufbauplan zu entwickeln. Sodann werden vier leitende Prinzipien für den Wiederaufbau dargestellt: Der

Aufbauplan soll auf Solidarität, Kohäsion und Konvergenz aufgebaut sein. Der Ansatz für den Wiederaufbau müsse flexibel und agil sein und laufend angepasst werden. Der Wiederaufbau müsse inklusiv sein. Es sei eine Anstrengung als „Team“. Die europäischen Werte und Rechte müssen eingehalten werden. Die Rechtsstaatlichkeit sei nicht verhandelbar. Es werden vier prioritäre Handlungsfelder aufgeführt: Vertiefung des Binnenmarktes, nie da gewesene Investitionen, globales Handeln bei der Bewältigung der Krise mit besonderem Augenmerk auf die unmittelbare Nachbarschaft der EU und ein funktionierendes „Governance-System“ – die EU müsse widerstandsfähiger, effizienter und effektiver werden. Der Roadmap soll ein Aktionsplan folgen, der mehr Details und einen Zeitplan enthält.

<https://www.consilium.europa.eu/media/43384/roadmap-for-recovery-final-21-04-2020.pdf>

Kommission; Kommission stellt Leitlinien für Corona-Tests vor

Am 15.04.2020 stellte die Kommission Leitlinien für Tests in Bezug auf das SARS-CoV-2-Virus vor. Enthalten sind darin die maßgeblichen regulatorischen Fragen zur in vitro-Diagnose sowie Betrachtungen zur Aussagekraft von verschiedenen Testtypen und wie diese gemessen werden kann. Mit der Mitteilung möchte die Kommission durch ein besseres Verständnis der jeweils erhobenen Daten zu einem besseren Krisenmanagement beitragen.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/testing_kits_communication.pdf

Kommission; EU startet Onlineplattform zur beschleunigten Erforschung des Virus und möglicher Therapieformen

Die Kommission hat am 20.04.2020 eine europäische Online-Plattform zum Austausch für COVID-bezogene Forschungsdaten wie DNA-Sequenzen, Proteinstrukturen, klinische Studien und epidemiologische Ausbreitung gestartet. Ziel ist es, die Erforschung des Virus und die Entwicklung von Impfstoffen sowie besserer Formen der Diagnose und Therapie durch europäische Kooperation zu beschleunigen. Mit der Plattform trage die Kommission zur Umsetzung des 10-Punkte-Plans ERAvsCORONA (ERA= Europäischer Forschungsraum) bei, der am 07.04.2020 von dem Rat der europäischen Ministerinnen und Minister für Forschung und Innovation verabschiedet wurde. Zugleich sei sie Bestandteil der Forschungskomponente des mit dem EU-Fahrplan angestrebten Ansatzes zur europäischen Koordination der COVID-Maßnahmen. Die Entwicklung erfolgte durch das Europäische Institut für Bioinformatik des Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie (EMBL) in Zusammenarbeit mit dem ELIXIR-Netzwerk der führenden Organisationen im Bereich Life Science, dem europäischen Forschungsprojekt COMPARE sowie den Mitgliedstaaten. Finanziert wurde das Vorhaben mit Geldern aus dem EU-Förderprogramm Horizon 2020.

<http://www.covid19dataportal.org/>

Kommission; Kommission führt Hackathon zur Bewältigung der Herausforderungen durch

Vom 24.-26.04.2020 führte die Kommission den Hackathon #EUvsVIRUS durch. Hiermit möchte sie Akteuren aus der Zivilgesellschaft, innovativen Forschern und Unternehmen sowie Investoren ein europäisches Forum bieten, um gemeinsam die Umsetzung ihrer Lösungen für COVID-bezogene Herausforderungen voranzubringen.

<https://euvsvirus.org/>

EP; EP fordert eine koordinierte EU-Gesundheitsstrategie

Am 22.04.2020 beschäftigte sich der für Gesundheitsfragen zuständige ENVI-Ausschuss mit dem Handeln der EU in Bezug auf COVID-19. Hierzu befragten dessen Mitglieder die Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides und den Kommissar für

Krisenmanagement Janez Lenarčič. Darin wiederholten die MdEPs die in ihrer Resolution vom 17.04.2020 vorgebrachten Forderungen für eine europäische Koordination und ein umfassendes Rettungspaket. Bestandteil der Resolution ist auch die Bereitstellung von drei Mrd. EUR aus Mitteln der europäischen Struktur- und Investitionsfonds für die Gesundheitssysteme. Im Mittelpunkt des Austausches standen der Ruf nach einer gemeinsamen europäischen Erfassungsmethode der Infektions- und Todeszahlen sowie der Produktionssteigerung von medizinischen Materialien im Unionsgebiet.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200419IPR77406/covid-19-a-coordinated-eu-health-strategy-needed-say-meps>

Europäische Ombudsfrau fordert Transparenz für Bürger

Am 20.04.2020 richtete sich die Ombudsfrau der EU, Emily O' Reilly, mit einem Schreiben an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel. Darin sprach sie sich für ein Maximum an Transparenz des Krisenmanagements in Bezug auf COVID-19 und die getroffenen Maßnahmen aus. Um etwaigen Desinformationskampagnen entgegenzuwirken zu können, führte sie u.a. den Zugang zu Dokumenten für die Öffentlichkeit und transparenten Umgang auch beim Austausch mit Lobbyisten, der per Videokonferenz stattfindet, an.

<https://www.ombudsman.europa.eu/de/news-document/en/127058>

Rat; Bildungsminister diskutieren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Unter Vorsitz von KRO fand am 14.04.2020 eine informelle Videokonferenz der Bildungsminister der EU statt. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Bildungssysteme, insbesondere die damit verbundenen Herausforderungen für den Online-Unterricht. Es bestand Einigkeit unter den Bildungsministern, dass es angesichts der globalen Herausforderung erforderlich sei, intensiver zusammenzuarbeiten und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Die Mitgliedstaaten (MS) stünden im Bildungsbereich vor ähnlichen Problemen. So hätten die flächendeckenden Schulschließungen und die damit verbundene Einführung des digitalen Unterrichts sowie die Schaffung virtueller Klassenzimmer zu grundlegenden Veränderungen des Lernens, Lehrens, der Kommunikation und der Zusammenarbeit geführt. Die MS tauschten regelmäßig Informationen, aber auch Ideen und innovative Lösungen aus. Hierzu gehörten Fragen der Benotung, der Prüfungsdurchführung, der Qualitätskontrolle oder aber der Umgang mit Austauschstudenten und Schülern, die ihren Auslandsaufenthalt aufgrund der Pandemie nicht ordnungsgemäß abschließen konnten. Die Minister informierten sich ferner über ihre jeweiligen Pläne zur schrittweisen Wiederaufnahme des Unterrichts und ihre Überlegungen zum Abschluss des akademischen Jahres 2019/2020.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=211>

Rat; Toolbox für die Nutzung von Tracking-Apps zur Bekämpfung der Pandemie

Die Mitgliedstaaten (MS) haben sich im Rahmen des sog. eHealth-Netzwerkes am 15.04.2020 auf ein gemeinsames EU-Konzept (sog. EU-Toolbox) zur Nutzung von Apps zur Bekämpfung der Corona-Pandemie geeinigt. Die Kommission hatte eine derartige Toolbox am 08.04.2020 vorgeschlagen (vgl. BaB 07/2020). Apps zur Kontaktnachverfolgung, sog. Tracking-Apps, sollen eine Schlüsselrolle bei der schrittweisen Rücknahme der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie spielen. Die Toolbox definiert die Anforderungen, die die Apps erfüllen sollen. Dazu zählen europarechtliche Datenschutzbestimmungen und Anforderungen an die Cybersicherheit, die Einführung in enger Abstimmung mit den Gesundheitsbehörden, freiwillige Aktivierung und Deaktivierung, die Nutzung anonymisierter Daten sowie eine

europaweite Interoperabilität. Bis zum 30.04.2020 sollen die Gesundheitsbehörden der MS die Wirksamkeit der Apps auf nationaler und grenzüberschreitender Ebene bewerten. Die MS sind aufgefordert, bis zum 31.05.2020 über ihre Maßnahmen zu berichten. Die Kommission will die Fortschritte bewerten und ab Juni 2020 während der gesamten Krise regelmäßig Berichte veröffentlichen, in denen sie neue Maßnahmen bzw. die schrittweise Rücknahme von ihrer Ansicht nach nicht mehr notwendigen Maßnahmen empfiehlt. Die Kommission hat am 16.04.2020 außerdem Leitlinien für den Datenschutz bei Tracking-Apps veröffentlicht (vgl. dazu separater Artikel in diesem BaB).

https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/ehealth/docs/covid-19_apps_en.pdf

Kommission; keine verpflichtende Gutscheinelösung für Pauschalreisen

Am 14.04.2020 wies Kommissar Didier Reynders im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) darauf hin, dass die Pläne von DEU, Pauschalreisenden im Falle der Stornierung einer Reise statt einer Rückerstattung des Geldes einen Gutschein zu gewähren, nicht mit der Pauschalreiserichtlinie vereinbar sei. Eine Gutscheinelösung sei nur auf freiwilliger Basis zulässig und setze ferner voraus, dass der Staat das Insolvenzrisiko übernehme.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/exchange-of-views-with-commissioner-didi/product-details/20200407CAN54346>

Rat; Aufruf von Umweltministern zur Rolle des Green Deals bei der wirtschaftlichen Erholung

Am 09.04.2020 wurde ein Aufruf von zunächst 10 Umweltministern (DNK, FIN, ITL, LET, LUX, NDL, AUT, PTL, SWE, ESP) veröffentlicht, in dem gefordert wird, beim Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft den European Green Deal als grüne Wachstumsstrategie in den Mittelpunkt zu stellen. Dieser ermögliche es gleichzeitig die Wirtschaft anzuregen, Arbeitsplätze zu schaffen und die grüne Transformation effektiv voranzutreiben. Am 10.04.2020 schlossen sich auch DEU, FRA und GRI dem Aufruf an. Mittlerweile sind vier weitere Mitgliedstaaten (SLK, IRL, SLO und MTA) beigetreten.

<https://www.climatechangenews.com/2020/04/09/european-green-deal-must-central-resilient-recovery-covid-19/>

Rat, EP, Industrie; „European Alliance for a Green Recovery“

Am 14.04.2020 wurde eine „European Alliance for a Green Recovery“ vorgestellt. Sie besteht aus Ministern, MdEPs, Unternehmensleitern, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Think Tanks. Die Allianz fordert ein grünes Investitionspaket zur Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Krise. Sie verpflichtet sich, gemeinsam an Plänen zur wirtschaftlichen Wiederbelebung zu arbeiten, die Klimaschutz und den Schutz der Biodiversität integrieren. So soll die Wirtschaft für die Welt von morgen fit gemacht werden.

<https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2020/04/Press-Release-European-Alliance-for-a-Green-Recovery-Pascal-Canfin.pdf>

Kommission; Leitlinien zur Abfallentsorgung während der Covid 19-Pandemie

Die Kommission hat am 14.04.2020 Leitlinien veröffentlicht, die den Mitgliedstaaten (MS) helfen sollen, während der COVID-19-Pandemie mit den zunehmenden Mengen an Haushalts- und medizinischen Abfällen umzugehen und gleichzeitig den Anforderungen der EU-Abfallgesetzgebung zu entsprechen, die ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und Umwelt vorsieht. Zudem sollen Störungen einer ordnungsgemäßen Entsorgung verringert werden. Die Leitlinien sollen kommunale Gesundheitseinrichtungen und Entsorgungsunternehmen dabei

unterstützen, für Gesundheit und Sicherheit von Betreibern und ihren Mitarbeitern zu sorgen. Die Leitlinien wurden nach Konsultationen mit Experten der MS und wichtigen Interessenvertretern entwickelt und basieren auf den Ratschlägen des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC).

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/waste_management_guidance_dg-env.pdf

EP, Kommission; Aussprache mit Landwirtschaftskommissar im Agrarausschuss zu Folgen der Covid-19-Pandemie für die Landwirtschaft

In einer Aussprache von Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski mit dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) des EP am 15.04.2020 erklärte der Kommissar, dass die Kommission die großen Probleme des Agrarsektors in der Krise wahrnehme und deshalb mit den Richtlinien für Saisonarbeiter, der Initiative für Grüne Fahrspuren an den Grenzen für Lebensmitteltransporte und der Möglichkeit für Bäuerinnen und Bauern, eine frühere Auszahlung der Direktzahlungen zu beantragen, bereits wichtige Schritte eingeleitet habe. Darüber hinaus werde geprüft, welche Möglichkeiten für Marktinterventionen zur Verfügung stünden. Diese seien jedoch sehr begrenzt, da der Haushalt bereits nahezu ausgeschöpft und der neue Mehrjährige Finanzrahmen oder der Haushalt für das Jahr 2021 noch nicht verabschiedet seien. Als einzige Möglichkeit sehe er eine Umschichtung von noch nicht verausgabten Mitteln aus der zweiten Säule. Diese beliefen sich zurzeit auf rund sechs Mrd. EUR. Dies stieß auf scharfe Kritik der MdEPs, da die dort zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichten und zudem die Verfügbarkeit von nicht verausgabten Mitteln in den verschiedenen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sei.

EP; MdEPs des EP-Agrarausschusses bitten um Marktinterventionen für Landwirte

In einem Schreiben vom 17.04.2020 der MdEPs des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) des EP an Kommissar Janusz Wojciechowski bitten sie um Interventionen in den Markt, um Landwirte vor weiteren Umsatzeinbrüchen in der Corona-Pandemie zu schützen. Sie fordern die Kommission auf, die in der gemeinsamen Marktorganisation vorgesehenen Notfallinstrumente so bald wie möglich einzusetzen. Mithilfe von delegierten Rechtsakten könne die Kommission so mit Produktkäufen in den Markt eingreifen, um einem Preissturz vorzubeugen. Zusätzlich müsse die private Lagerung von Gütern erlaubt und Gelder innerhalb der landwirtschaftlichen Sektoren umverteilt werden. Darüber hinaus solle eine bislang nie verwendete Notfallreserve für Bäuerinnen und Bauern ausgeschüttet werden, die derzeit 478 Mio. EUR beinhalte. Bei Nichtnutzung würden diese Mittel über Direktzahlungen wieder ausgezahlt.

<https://www.euractiv.de/section/landwirtschaft-und-ernahrung/news/brief-an-kommission-meps-bitten-um-marktinterventionen-fuer-landwirte/>

Kommission; Maßnahmen zur Entlastung des Agrar- und Lebensmittelsektors in der Covid-19-Pandemie

Am 16.04.2020 verabschiedete die Kommission zwei Maßnahmen, um den Agrar- und Lebensmittelsektor zu entlasten. Zum einen sollen Bäuerinnen und Bauern höhere Zahlungsvorschüsse zugutekommen. Zum anderen wird die Zahl der physischen Vor-Ort-Kontrollen reduziert. Nach dem aktuellen Entscheid der Kommission werden die Vorschüsse auf die Direktzahlungen von 50% auf 70% erhöht. Die Vorschüsse auf die Zahlungen in der 2. Säule sollen von 75% auf 85% steigen. Hinzu kommt: Die Mitgliedstaaten könnten auf nationaler Ebene Landwirten Beihilfen auszahlen, ohne dass sämtliche Vor-Ort-Kontrollen abgeschlossen seien.

https://ec.europa.eu/info/news/coronavirus-commission-adopts-additional-measures-support-agri-food-sector-2020-apr-16_de

Rat; Diskussion über Unterstützung für Kulturschaffende

Die für Kultur zuständigen Ministerinnen und Minister diskutierten in einer Videokonferenz am 08.04.2020 die gravierenden Konsequenzen der Covid-19-Pandemie auf den Kultur- und Kreativsektor. Die Mitgliedstaaten (MS) und die Kommission erörterten, welche zusätzlichen EU-Maßnahmen noch getroffen werden könnten. Durch Verlängerung von Fristen und veränderte Handhabung von Rückforderungsansprüchen soll das Programm Kreatives Europa der größtmöglichen Flexibilität unterworfen werden. Hinzu komme laut Ankündigung der Kommission in diesem Programm eine künftige Förderung von digitalen Anwendungen in Höhe einer Ausschreibungssumme von zwei Mio. EUR sowie eine Förderung zugunsten von Kinos in Höhe von fünf Mio. EUR. Die Kommission unterstrich anlässlich der Sitzung nochmals die Absicht, flexible Ansätze für die Begünstigten von Creative Europe zu verfolgen. Allerdings ist noch nicht genau klar, wie dies umgesetzt und in der Praxis verfolgt wird. Die Kommission verwies auf der Sitzung auf ihr bestehendes Krisenpaket, das Umschichtungen v.a. im Sozialfonds und EFRE-Fonds möglich mache. Dies schaffe ggf. auch Möglichkeiten für den Kultursektor. Hinzu kämen das Programm SURE zur Einführung von Kurzarbeitergeld sowie Erleichterungen im Beihilferechtsrahmen. Für DEU stellte Staatsministerin Monika Grütters das allgemeine Wirtschaftssoforthilfeprogramm des Bundes mit einem Volumen von 50 Mrd. EUR vor. Die kroatische Kulturministerin Nina Obuljen Koržinek fasste für den Vorsitz zusammen, dass die MS notwendige Schritte eingeleitet hätten, um Künstlern, Kulturschaffenden, Kultureinrichtungen und Unternehmen zu helfen. Die Kommission habe mit „Creative Europe At Home“ ein erstes Angebot geschaffen, mit dem Kulturschaffende ihre Werke online darbieten können. Der nächste ordentliche Kulturministerrat steht voraussichtlich am 19.05.2020 – wieder per Videokonferenz – an.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=240>

EP; MdEPs fordern finanzielle Unterstützung des Kultursektors

Am 21.04.2020 forderte der Ausschuss für Kultur und Bildung des EP (CULT), den Kultur- und Kreativsektor in der Covid-19-Krise in besonderer Weise im Blick zu behalten. Dieser sei in der aktuellen Krise besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Der Ausschuss sprach sich in einem entsprechenden am 20.04.2020 verschickten Schreiben an Forschungskommissarin Mariya Gabriel und Binnenmarktkommissar Thierry Breton auch für die Einführung eines Notfallfonds zur Unterstützung des Medien- und Pressesektors aus. Grund hierfür sei der Einbruch der Werbeeinnahmen, die in einigen Mitgliedstaaten um bis zu 80% zurückgegangen seien. Gerade dem Medien- und Pressesektor käme eine zentrale Rolle in der Bereitstellung von Informationen und Nachrichten zu und er sei damit elementar zur Verhinderung von Fake News und Desinformation. Für die Unterstützung des Kultursektors stünden noch Mittel zur Verfügung, die aufgrund der Pandemie nicht für andere Programme ausgegeben werden könnten. Des Weiteren fordern die MdEPs die Kommission auf, die Garantiefazilität für den Kultur- und Kreativsektor aufzustocken. Damit solle sichergestellt werden, dass die EU-Mittel die Branche erreichen. Die Aufstockung solle daher entweder durch den Haushalt 2021 oder durch die Übertragung von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) erfolgen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200420IPR77419/ep-kulturausschuss-eu-mittel-müssen-medien-und-kreativbranche-erreichen>

Kommission; Leitlinien für den Datenschutz bei Tracking-Apps veröffentlicht

Am 16.04.2020 veröffentlichte die Kommission Leitlinien zur Gewährleistung von Datenschutzstandards bei der Verwendung von Mobil-Apps zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. Darin stellt die Kommission zunächst unterschiedliche Anwendungsfelder von Apps zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und deren Bedeutung im Rahmen der Strategie zur Überwindung der Pandemie dar. Darüber hinaus enthalten die Leitlinien Hinweise und Erläuterungen zu den datenschutzrechtlichen Anforderungen an Apps, etwa in Bezug auf die für die Datenerhebung und -verarbeitung zuständigen Behörden, die Rechte von Nutzerinnen und Nutzern und die Grundsätze der Datenminimierung und Datensicherheit. Die Kommission regt zudem an, unterschiedliche nationale Apps interoperabel auszugestalten, um einen Datenaustausch zu ermöglichen und die Wirksamkeit der Apps zu erhöhen. Die Leitlinien formen die Grundsätze für die Entwicklung eines Instrumentariums zur Nutzung von Mobil-Apps zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie aus, die die Kommission in ihrer am 08.04.2020 vorgestellten Toolbox zusammengestellt hat.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XC0417\(08\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XC0417(08)&from=EN)

Kommission; Leitlinien zu Asyl, Rückführungen und Neuansiedlung vorgelegt

Am 16.04.2020 legte die Kommission Leitlinien zur Umsetzung der einschlägigen EU-Bestimmungen im Bereich der Asyl- und Rückführungsverfahren und zur Neuansiedlung vor, die in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und Behörden der Mitgliedstaaten (MS) erarbeitet wurden. Nach einer entsprechenden Aufforderung der Kommission aufgrund der Covid-19-Pandemie hatten die MS ab Mitte März Beschränkungen für nicht unbedingt notwendige Reisen in die EU erlassen. Ausnahmen gelten jedoch für Personen, die internationalen Schutz benötigen oder aus anderen humanitären Gründen in einem MS aufgenommen werden müssen. Nach den Leitlinien der Kommission solle im Rahmen des Asylverfahrens die in den unionsrechtlichen Vorschriften vorgesehene Flexibilität genutzt werden, etwa im Hinblick auf persönliche Befragungen, die Aufnahmebedingungen oder die Zusammenarbeit der MS nach der Dublin-Verordnung. Während der gegenwärtigen Aussetzungen der Neuansiedlungen in der EU gelte es, vorbereitende Arbeiten fortzusetzen, um die Ansiedlungen zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufnehmen zu können. Die gemachten Zusagen (30.000 Plätze) sollten eingehalten werden, Flexibilität könne jedoch hinsichtlich des Zeitraums gewährt werden. Auch im Bereich der Rückkehr bzw. Rückführungen gelte es, trotz gegenwärtiger Aussetzungen mit den vorbereitenden Arbeiten fortzufahren, um künftige Rückführungen reibungslos durchführen zu können. Mehr denn je solle einer freiwilligen Rückkehr der Vorzug eingeräumt werden. Frontex sicherte den MS Unterstützung zu.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XC0417\(07\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XC0417(07)&from=EN)

Europol; Bericht zu gefälschten und fehlerhaften Medizinprodukten

Am 17.04.2020 veröffentlichte Europol einen Bericht über gefälschte und fehlerhafte Medizinprodukte sowie Verletzungen geistigen Eigentums in der Covid-19-Krise. Kriminelle, die im Bereich des Vertriebs gefälschter und fehlerhafter Produkte tätig seien, hätten sich rasch auf die aktuelle Lage eingestellt, um aus der gestiegenen Nachfrage nach Medizinprodukten und der allgemeinen Verunsicherung Profit zu schlagen. Damit werde nicht nur ein wirtschaftlicher Schaden angerichtet, sondern auch die Gesundheit vieler Menschen, die an vorderster Front gegen die Pandemie

kämpften, gefährdet. Daher sei es erforderlich, dem Geschäftsmodell durch Vorsorge und Aufklärung frühzeitig den Boden zu entziehen. Zwar sei davon auszugehen, dass das Geschäftsmodell nach Überwindung der Krise schnell austrocknen werde, gleichwohl seien die drohenden Schäden erheblich. Europol werde die Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Partnerländer im Kampf gegen diese Formen der Kriminalität weiterhin aktiv unterstützen.

https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/report_covid_19_-_viral_marketing_counterfeits.pdf

Rat; Austausch der EU-Sportminister zu den Folgen von Covid-19

Im Rahmen einer informellen Videokonferenz tauschten sich die für den Bereich Sport zuständigen Minister der Mitgliedstaaten am 21.04.2020 über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Sportsektor aus. Einigkeit bestand darin, dass der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung weiterhin oberste Priorität habe und die Pandemie große Auswirkungen auf alle Bereiche des Sports habe. Daher sei es zu begrüßen, dass hinsichtlich der Antragsfristen für Projekte im Rahmen von Erasmus+ und der Umsetzungsfristen für künftige Projekte mehr Flexibilität gewährt werden solle. Darüber hinaus tauschten sich die Teilnehmer über mögliche Lösungen zur Abmilderung der negativen Folgen der Krise aus.

https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=251&utm_source=DSMS&utm_medium=email&utm_campaign=Video+conference+of+sport+ministers%2c+21%2f04%2f2020&utm_term=952.39537.42570.0.39537&utm_content=Direct+Meetings

Rat; Tagung der EURO-Gruppe

Vom 07.04.-09.04.2020 tagte die EUR-Gruppe per Videokonferenz im inklusiven Format (alle Finanzminister der Mitgliedstaaten), um weitere finanzielle Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zu diskutieren. Nach langen Verhandlungen einigten sich die Finanzminister letztlich auf ein Kreditpaket mit einem Gesamtvolumen von bis zu 540 Mrd. EUR, um die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zu schultern. Im Einzelnen sind dies Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit 240 Mrd. EUR, ein paneuropäischer Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von 25 Mrd. EUR, der Finanzierungen in Höhe von 200 Mrd. EUR für Unternehmen mit Schwerpunkt KMU in der gesamten EU generieren soll, sowie mögliche Darlehen an Mitgliedstaaten zur Finanzierung vorübergehender Kurzarbeit i. H. v. 100 Mrd. EUR.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/04/09/report-on-the-comprehensive-economic-policy-response-to-the-covid-19-pandemic/>

Rat; Berichtiger Haushaltsplan der EU für 2020 zur Bewältigung der COVID-19-Krise angenommen

Der Rat hat am 14.04.2020 im schriftlichen Verfahren zwei Vorschläge zur Änderung des EU-Haushaltsplans für 2020 angenommen, womit Mittel für die Bewältigung der COVID-19-Krise freigesetzt werden sollten. Die EU stellt fast die gesamten verbleibenden Mittel aus dem Haushaltsplan für das laufende Jahr für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zur Verfügung. Insbesondere sollen dadurch die nationalen Gesundheitssysteme bei der Bewältigung des COVID-19-Ausbruchs unterstützt werden. Diese Mittel werden verwendet, um medizinische Versorgung zu finanzieren, provisorische Krankenhäuser zu errichten und Patienten zur Behandlung in andere Mitgliedstaaten zu bringen. Es werden auch Mittel bereitgestellt, um GRI bei der Bewältigung des zunehmenden Migrationsdrucks behilflich zu sein und Albanien beim Wiederaufbau nach dem Erdbeben zu unterstützen. Die Verpflichtungen wurden insgesamt um 3,57 Mrd. EUR auf 172,2 Mrd. EUR erhöht. Die Zahlungen wurden um 1,6 Mrd. EUR auf insgesamt 155,2 Mrd. EUR aufgestockt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/04/14/tackling-covid-19-council-adopts-amended-eu-budget-for-2020/>

EZB; Nationale Erleichterungen bei Kapitalanforderungen für Banken gebilligt

Am 15.04.2020 teilte die Europäische Zentralbank (EZB) mit, sie unterstütze die raschen Maßnahmen der nationalen Behörden des EUR-Währungsgebiets, um die Pandemiefolgen für den Finanzsektor durch Freigabe oder Reduzierung der Kapitalanforderungen zu bewältigen. Durch makroprudenzielle Maßnahmen würden insgesamt rund 21 Mrd. EUR Kapital frei, um Verluste auszugleichen und die Kreditvergabe zu unterstützen. Laut EZB ergänzen und verstärken die Maßnahmen ihre eigenen aufsichtlichen und regulatorischen Schritte hinsichtlich einzelner Finanzinstitute.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200415~96f622e255.en.html>

Rat; Tagung des ECOFIN

Am 16.04.2020 tagte der Rat der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) per Videokonferenz. Die Minister diskutierten die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Wirtschaft und die politischen Gegenmaßnahmen. Dabei ging es insbesondere darum, den Verordnungsvorschlag der Kommission für ein EU-Kreditprogramm zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken (SURE) voranzubringen. Kontrovers wurde auch über den geplanten Wiederaufbaufonds diskutiert. Zudem besprachen die Minister die Lage der europäischen Bankenmärkte im Hinblick auf die Flexibilisierungen für die Kreditvergabe sowie die Krisenfolgen für den weiteren Ablauf des Europäischen Semesters 2020. Abschließend erfolgte ein kurzes Briefing zur Jahrestagung des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC).

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2020/04/16/>

EZB; Abmilderung möglicher Rating-Herabstufungen von Banken

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) verabschiedete am 22.04.2020 temporäre Maßnahmen, um die Auswirkungen möglicher Rating-Herabstufungen aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Verfügbarkeit von Sicherheiten zu mildern. Damit soll sichergestellt werden, dass die Banken über genügend Vermögenswerte verfügen, die sie als Sicherheiten beim Eurosystem mobilisieren können, um sich an den liquiditätszuführenden Operationen zu beteiligen und der Wirtschaft des Euroraums weiterhin Liquidität zur Verfügung zu stellen.

https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200422_1~95e0f62a2b.en.html

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Sonder-Plenarsitzung des EP am 16./17.04.2020

Debatte zur Corona-Krise

In einer Debatte mit ER-Präsident Charles Michel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 16.04.2020 wiesen die MdEPs darauf hin, dass Solidarität und ehrgeizige neue Lösungen erforderlich seien, um den Ausbruch von Covid-19 und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen warnte eindrücklich davor, die EU in der Coronakrise schlechtzureden. Zwar hätte gerade ITL anfangs mehr geholfen

werden müssen, sagte von der Leyen. Dafür entschuldige sich Europa als Ganzes. Doch nun hätten alle erkannt, dass man sich gegenseitig schützen müsse. „Und die Wahrheit ist, dass Europa in der Welt nun zum stark pochenden Herz der Solidarität geworden ist“, bemerkte sie. „Das wahre Europa steht auf. Das Europa, das füreinander da ist, wenn es am dringendsten gebraucht wird.“ Inzwischen unterstützten sich die Staaten gegenseitig mit medizinischem Personal und Gerät. „Das macht mich stolz, Europäerin zu sein“, sagte von der Leyen.

Die meisten MdEPs begrüßten die von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigten Pläne, für massive Investitionen zu sorgen, um eine widerstandsfähigere, umweltfreundlichere und digitale Wirtschaft zu schaffen. Von der Leyen hob dabei die entscheidende Rolle des langfristigen EU-Haushalts hervor und bezeichnete ihn als „wichtigstes Instrument für unseren Aufschwung“. Sie verwies auf die Notwendigkeit eines neuen Marshallplans unter Bezugnahme auf das Programm, das dazu beigetragen hatte, die Volkswirtschaften der europäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufzubauen.

ER-Präsident Charles Michel forderte ein gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene und erklärte: „Manchmal braucht es eine Krise, um die Menschen zusammenzubringen.“ Der stv. EVP-Fraktionsvorsitzende Esteban González Pons (EVP/ESP) sprach für die EVP. Er betonte die Rolle des EP: „Während die Pandemie im Gange ist, kann das Parlament seine Tore nicht schließen. Das EP ist in diesen Zeiten von entscheidender Bedeutung. Es ist eine außerordentliche Zeit für die Regierungen und das EP ist das 'Krankenhaus' der Demokratie.“ Er wies jedoch auch auf Fehler in der anfänglichen Reaktion auf die Krise hin: „Wir hätten früher handeln können, wir hätten entschlossener handeln können, wir hätten tatsächlich gemeinsam handeln können. Deswegen ist es richtig, wenn wir jetzt um Verzeihung bitten!“ „Die Europäische Union ist die große Hoffnung von Mio. von Spaniern“, so González Pons. Der Binnenmarkt sei jedoch jetzt nicht die Priorität. Auch das Verteidigen nationaler Interessen habe jetzt keine Priorität. Er forderte Michel auf, jetzt zu handeln, denn: „Wenn die EU nicht dazu dient, die Pandemie einzudämmen – wozu dient sie dann?“

„Die Entscheidungen, die wir jetzt treffen, werden die Zukunft Europas bestimmen; ob Europa gestärkt wird oder ob die Bürger ihren Glauben in das europäische Projekt verlieren“, erklärte die S&D-Fraktionsvorsitzende Iratxe García Pérez (S&D/ESP). „Je entschlossener unser Handeln jetzt ist, desto weniger dramatisch werden die wirtschaftlichen und umfassenderen Auswirkungen dieser Krise morgen sein und desto früher werden wir in der Lage sein, wieder ein normales Leben zu führen“, argumentierte sie. „Dazu gehört auch die Vergemeinschaftung unserer Schulden“. Vorschläge für Eurobonds seien ja nicht neu. Aber jetzt seien sie dringlicher denn je, rief García Pérez, die per Video zugeschaltet war.

„Diese schwierigen Zeiten sind ein Test für uns alle“, sagte der RN-Fraktionsvorsitzende Dacian Cioloș (RN/ROM), der ebenfalls per Video zugeschaltet war, und rief zu Solidarität und Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Gesundheitskrise auf. Europa brauche einen Marshallplan, eine digitale Strategie und den Grünen Deal sowie „den nötigen Ehrgeiz, um seine Strategie umzusetzen“. Die Krise dürfe kein Vorwand sein, um Werte, Rechte und Demokratie einzuschränken, sagte Ciolos mit Blick auf HUN und POL.

MdEP Marco Campomenosi (ID/ITL) berichtete über die Frustration der Menschen, die sich selbst überlassen seien und wieder arbeiten wollten. Er wies darauf hin, dass die EU schon vor der Krise Jahre mit schwachem Wachstum erlebt habe, und sprach sich dafür aus, die EU-Vorschriften zu ändern, um die Wirtschaft anzukurbeln und mehr Unabhängigkeit zu gewährleisten.

„Wir sehen, dass die Globalisierung und der Wunsch nach immer mehr nicht immer die richtige Antwort sind, sondern auf Kosten der Widerstandsfähigkeit und der Fähigkeit gehen, Schocks zu bewältigen“, erklärte der GRÜNE Fraktionsvorsitzende

Philippe Lamberts (GRÜNE/BEL) und stellte fest: „Austerität tötet!“ Ein Umdenken, was die Organisation unserer Gesellschaft anbelange, und eine „neue Art des Lebens, der Produktion und des Reisens“ seien nötig, so Lamberts. „Wenn wir uns verschulden müssen, dann müssen wir das gemeinsam tun!“ Denn finanzielle Solidarität sei der Preis für den Binnenmarkt.

„Wir müssen klar und deutlich sagen, dass Europa auf seine koordinierende Rolle völlig unvorbereitet war“, erklärte MdEP Raffaele Fitto (ECR/ITL). Er forderte Maßnahmen zur Unterstützung stark betroffener Sektoren, wie Tourismus, Verkehr und Landwirtschaft, den Abbau von Bürokratie sowie eine Überarbeitung des EU-Haushalts und erklärte, jetzt sei nicht die Zeit, um mit dem Artikel 7-Verfahren gegen HUN und POL vorzugehen.

Die GUE-Fraktionsvorsitzende Manon Aubry (GUE/FRA) machte die Sparmaßnahmen, die in den letzten zehn Jahren durchgeführt worden waren, für den Abbau der Kapazitäten im Gesundheitswesen in ganz Europa verantwortlich und kritisierte die Fokussierung auf die Eindämmung der Staatsverschuldung, die die Fähigkeit der Regierungen, Krisen zu bewältigen, einschränke. „Es ist an der Zeit, Tabus zu brechen; nur so können wir diese Pandemie und die Klimaprobleme von morgen bewältigen.“ Aubry forderte, die EZB solle die Mitgliedstaaten (MS) direkt finanzieren und die Schulden sollten vergemeinschaftet werden. Die sei „die einzige Möglichkeit, vorzugehen“.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-04-16-ITM-017_DE.html

Entschließung zur Corona-Krise

In einer am 17.04.2020 angenommenen Entschließung begrüßt das EP die bislang auf EU-Ebene ergriffenen Maßnahmen in Form von Fiskalmaßnahmen und Liquiditätshilfe zur Bekämpfung der Pandemie. Europa brauche ein umfangreiches Konjunktur- und Wiederaufbaupaket, das über die bereits ergriffenen Maßnahmen hinausgeht und über einen erweiterten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die bestehenden Fonds und Finanzinstrumente der EU und durch den Haushalt der Union garantierte Konjunkturbonds finanziert werden sollte, betonen die MdEPs. Ein solches Paket sollte jedoch nicht mit einer Vergemeinschaftung bestehender Schulden einhergehen, sondern auf künftige Investitionen ausgerichtet sein.

Im Mittelpunkt des Konjunktur- und Wiederaufbaupakets sollten der europäische Grüne Deal und der digitale Wandel stehen, damit die Wirtschaft angekurbelt werde. Die MdEPs fordern auch die Schaffung einer dauerhaften europäischen Arbeitslosenrückversicherungsregelung und eines Coronavirus-Solidaritätsfonds der EU mit einer Ausstattung von mindestens 50 Mrd. EUR. Dieser Fonds würde die Gesundheitssysteme aller MS bei ihren finanziellen Anstrengungen während der aktuellen Krise unterstützen und Investitionen in das Gesundheitswesen in der Zeit nach der Krise fördern, damit die Gesundheitssysteme widerstandsfähiger werden und eine Ausrichtung auf die besonders schutzbedürftigen Personen erfahren.

Gemeinsame Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie seien unerlässlich, so der Text der Entschließung. Die EU müsse gestärkt aus dieser Krise hervorgehen und ihre Institutionen müssten umfangreichere Befugnisse erhalten, um im Falle von grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen tätig zu werden. Dies würde sie in die Lage versetzen, die Reaktion auf EU-Ebene unverzüglich zu koordinieren und die erforderlichen Ressourcen dorthin zu leiten, wo sie am dringendsten benötigt würden, unabhängig davon, ob es um materielle (z.B. Schutzmasken, Beatmungsgeräte und Arzneimittel) oder finanzielle Ressourcen gehe. Die MdEPs sprechen sich auch für eine Steigerung der Herstellung wichtiger Produkte wie Arzneimittel, pharmazeutische Inhaltsstoffe, Medizinprodukte, medizinische

Ausrüstung und medizinische Materialien in der EU aus, um besser auf künftige globale Schocks vorbereitet zu sein.

Die MdEPs bestehen darauf, dass die Binnengrenzen der EU offenbleiben müssen, um sicherzustellen, dass Arzneimittel, persönliche Schutzausrüstungen, medizinische Geräte, Lebensmittel und lebenswichtige Güter zirkulieren können. Der EU-Binnenmarkt sei die Quelle „unseres gemeinsamen Wohlstands“ und ein Schlüsselement der unmittelbaren und fortlaufenden Reaktion auf den COVID-19-Ausbruch, unterstreichen die MdEPs.

Das EP fordert auch die Schaffung eines europäischen Mechanismus für Maßnahmen im Gesundheitswesen, um künftig besser auf jegliche Arten von Gesundheits- oder Sanitärkrisen auf Unionsebene reagieren zu können. Gemeinsame Ausrüstung, Materialien und Arzneimittelvorräte könnten schnell mobilisiert werden, um Leben zu retten. Die MdEPs fordern auch zusätzliche EU-Mittel zur Finanzierung einer raschen Erforschung von Impfstoffen.

Die MdEPs unterstreichen ferner die Notwendigkeit eines Ansatzes für die Zeit nach der Ausgangssperre in der EU, um ein erneutes Aufflammen des Virus zu vermeiden. Sie fordern die MS auf, gemeinsam Kriterien für die Aufhebung der Quarantäne und anderer Notfallmaßnahmen zu entwickeln und verlangen von der Kommission, eine wirksame Ausstiegsstrategie auf den Weg zu bringen, die groß angelegte Tests und persönliche Schutzausrüstung für möglichst viele Bürger umfasst.

Die MdEPs äußern starke Bedenken hinsichtlich der Entscheidungen der ungarischen Regierung, den Ausnahmezustand unbefristet zu verlängern, sich unbefristet dazu zu ermächtigen, per Dekret zu regieren, und die Kontrolle der Notfallmaßnahmen durch das Parlament zu schwächen. In Bezug auf POL heißt es, die Änderung des Wahlrechts durch die polnische Regierung sei gesetzeswidrig, und deren Entscheidung, die Präsidentschaftswahl inmitten einer Pandemie stattfinden zu lassen, „absolut unvereinbar mit den europäischen Werten“. Sie fordern die Kommission auf, schnellstmöglich zu bewerten, ob die Notmaßnahmen mit den EU-Verträgen vereinbar sind sowie sämtliche verfügbaren Instrumente und – auch finanziellen – Sanktionen der EU umfassend zu nutzen, um gegen diesen schwerwiegenden und anhaltenden Verstoß vorzugehen. Der Rat soll die Debatten und Verfahren im Zusammenhang mit den laufenden Verfahren nach Artikel 7 gegen POL und HUN wieder auf seine Tagesordnung setzen.

Schließlich hebt die Entschließung hervor, dass Falschinformationen über COVID-19 derzeit ein großes Problem im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit sind. Die EU sollte deshalb eine europäische Informationsquelle einrichten, um sicherzustellen, dass alle Bürger Zugang zu genauen und überprüften Informationen haben. Die MdEPs fordern ebenfalls die Unternehmen im Bereich der sozialen Medien auf, proaktiv die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Desinformation und Hetze im Zusammenhang mit dem Coronavirus zu unterbinden.

Der Text wurde mit einer Mehrheit von 395 - 171 - 128 angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0054_DE.html

Medizinprodukteverordnung verschoben

Das EP hat am 17.04.2020 beschlossen, das Inkrafttreten der EU-Medizinprodukteverordnung um ein Jahr zu verschieben. Die Medizinprodukteverordnung sollte ursprünglich zum 26.05.2020 europaweit Anwendung finden. Die Kommission hatte vor zwei Wochen jedoch eine einjährige Verlängerung vorgeschlagen, um Lieferengpässe in der derzeit angespannten Lage und jedwede Unterbrechung bei der Versorgung mit medizinischen Geräten zu vermeiden. Die MS hatten diesen Vorschlag letzte Woche unterstützt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0053_DE.html

Digital

Kommission; maschinelles Übersetzungstool kostenlos zugänglich für KMU

Die Kommission hat ihr maschinelles Übersetzungstool eTranslation allen europäischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Tool unterstützt dabei, Texte in 27 Sprachen zu übersetzen – die 24 Amtssprachen der EU sowie Isländisch, Norwegisch und Russisch. Das Instrument wurde bisher bereits von öffentlichen Einrichtungen der EU und der Mitgliedstaaten (MS) genutzt und gilt nach Angaben der Kommission als zuverlässig. Die Sicherheit und die Vertraulichkeit der übersetzten Dokumente werden garantiert. Zudem unterstützt die Kommission Projekte von KMU, die an der Integration von eTranslation in ihre Dienstleistungen arbeiten. Voraussetzung ist, dass das Projekt mindestens zwei MS einbindet bzw. betrifft. Insgesamt steht für die Förderung für Maschinenübersetzung im Rahmen des CEF (Connecting Europe Facility)-Telekom-Aufrufs ein Budget von vier Mio. EUR zur Verfügung. Die finanzielle Förderung kann noch bis zum 12.05.2020 beantragt werden.

<https://ec.europa.eu/cefdigital/wiki/display/CEFDIGITAL/eTranslation+for+SMEs>

Forschung

Kommission; Aufruf für Marie Skłodowska-Curie Individual Fellowships

Am 08.04.2020 veröffentlichte die Kommission einen Aufruf zur Einreichung von Bewerbungen für Marie Skłodowska-Curie Individual Fellowships (MSC). Durch die Individual Fellowships unterstützt die Kommission individuelle wissenschaftliche Karrieren von Forscherinnen und Forschern. Die MSC-Aktionen sind Teil der ersten Säule des Europäischen Forschungsrahmenprogramms Horizon 2020 und werden auch im künftigen Programm Horizon Europe (ab 2021) fortgeführt werden. Aktuell finanziert sie im Rahmen des Aufrufs 2020 Forschungs-, Ausbildungs- und Mobilitätsmöglichkeiten i.H.v. von 328 Mio. EUR, von denen 55 Mio. EUR für globale Stipendien und 273 Mio. EUR für europäische Stipendien vorgesehen sind. Innerhalb der europäischen Stipendien sind wiederum zehn Mio. EUR für Projekte vorgesehen, welche an nicht-akademischen Gastinstitutionen absolviert werden. Vorschläge können bis zum 09.09.2020, 17:00 Uhr Brüsseler Zeit eingereicht werden. Die Kommission ist bestrebt, das Programm trotz der aktuellen Corona-Krise durchzuführen. Somit findet die Ausschreibung gemäß dem vorgesehenen Zeitplan statt.

https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/news_en

https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/news/MSCA-launches-2020-IF-call_en

Kommission; EU-Bürgerforschungsplattform startet Betrieb

Am 03.04.2020 gab das Team der EU.citizen.science-Plattform bekannt, dass eine von der Kommission geförderte Bürgerforschungsplattform nun online sei. Die zusammen mit dem Museum für Naturkunde Berlin und weiteren 14 Partnern entwickelte Citizen-Science-Plattform stellt Best-Practice-Beispiele und Ressourcen für die Initiierung, Planung und Durchführung von bürgerwissenschaftlichen Projekten zusammen und präsentiert solche auch auf der Plattform. Ziel sei es, den Bereich Citizen Science zu fördern, die Beteiligung an Forschung weiter auszubauen und eine Vernetzung von beteiligten Forschern auf der europäischen Ebene zu ermöglichen. In jeder Phase des Forschungsprozesses, also von der Aufstellung der Forschungsfrage bis zur Sammlung der Daten und der dazugehörigen Analyse, kann die Öffentlichkeit

in den Prozess eingebunden werden. Citizen Science bietet damit die Teilhabe der Gesellschaft an Forschung und die Möglichkeit, neues Wissen zu generieren, und unterstützt damit Wissenschaft, Forschung und politische Entscheidungsträger. Ziel sei es, einen zentralen Bezugspunkt für diejenigen zu schaffen, die ein bürgerwissenschaftliches Projekt einrichten oder betreiben wollen. Die Plattform stelle ebenfalls für die an Ergebnissen interessierten Menschen Informationen zur Verfügung. Auf citizen.science könne man nach bürgerwissenschaftlichen Forschungsprojekten in ganz Europa suchen, mit seinem eigenen Profil und Projekt mit anderen Projektinitiatoren in Kontakt treten und damit auch an neuen Projekten mitarbeiten. Um auf citizen.science aktiv zu sein, muss keine weitere Erfahrung mitgebracht werden. In einem ersten Beitrag widmet sich die Plattform dem Thema Covid-19. Die EU-Citizen.science-Plattform wurde mit dem Förderprogramm Horizon 2020 durch die Kommission unterstützt.

<https://eu-citizen.science/citizen-science-resources-related-covid19-pandemic/>

Finanzdienstleistungen

Rat; EU-weites Klassifikationssystem angenommen

Der Rat hat am 15.04.2020 eine Verordnung angenommen, mit der ein EU-weites Klassifikationssystem eingeführt wird, das Unternehmen und Investoren eine gemeinsame Terminologie an die Hand gibt, sodass sie erkennen können, welche Wirtschaftstätigkeiten als ökologisch nachhaltig angesehen werden können. Dadurch wird es Investoren ermöglicht, Investitionen vorrangig auf nachhaltige Technologien und Unternehmen zu verlagern. Sie soll entscheidend dazu beitragen, dass die EU bis 2050 Klimaneutralität und die Ziele des Pariser Übereinkommens für 2030 erreichen kann. Dazu zählt eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40%. Der künftige Rahmen beruht auf sechs Umweltzielen der EU: Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen, Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung sowie der Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/04/15/sustainable-finance-council-adopts-a-unified-eu-classification-system/>

Finanzen

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 0,7% und in der EU auf 1,2% gesunken

Das statistische Amt der EU (Eurostat) teilte am 17.04.2020 mit, dass die jährliche Inflationsrate im Euroraum im März 2020 bei 0,7% lag, gegenüber 1,2% im Februar 2020. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,4% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im März 2020 bei 1,2%, gegenüber 1,6% im Februar 2020. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,6% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in ITL (0,1%), CYP (0,1%), PTL (0,1%) und ESP (0,1%) gemessen. Die höchsten jährlichen Raten wurden in HUN (3,9%), POL (3,9%) und CZR (3,6%) gemessen. In DEU lag die Rate mit 1,3% erheblich über dem Durchschnitt der Eurozone. Im Januar kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Dienstleistungen (+ 0,60%), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+ 0,46%), Industriegütern ohne Energie (+ 0,13%) sowie Energie (- 0,45%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294624/2-17042020-AP-DE.pdf/f0eb5cef-fb96-a556-1699-d435b2898fee>

Eurostat; Öffentliches Defizit im Euroraum und in der EU27 bei jeweils 0,6% des BIP

Das statistische Amt der EU (Eurostat) teilte am 22.04.2020 mit, dass sich im Jahr 2019 das öffentliche Defizit relativ gesehen sowohl im Euroraum (ER19) als auch in der EU27 im Vergleich zu 2018 erhöht habe, während sich der öffentliche Schuldenstand in beiden Gebieten verringerte. Gemessen am BIP stieg das öffentliche Defizit im Euroraum von 0,5% im Jahr 2018 auf 0,6% im Jahr 2019 und in der EU27 von 0,4% auf 0,6%. Gemessen am BIP verringerte sich der öffentliche Schuldenstand im Euroraum von 85,8% (Ende 2018) auf 84,1% (Ende 2019) und in der EU27 von 79,6% auf 77,8%. Im Jahr 2019 verzeichneten DNK (+3,7%), LUX (+2,2%), BUL (+2,1%), CYP und die NDL (je +1,7%), GRI (+1,5%), DEU (+1,4%), AUT (+0,7%), MTA, SLO und SWE (je +0,5%), IRL und KRO (je +0,4%), CZR und LIT (je +0,3%) sowie PTL (+0,2%) einen öffentlichen Überschuss. Zwei Mitgliedstaaten (MS) wiesen ein Defizit von 3% oder mehr des BIP auf: FRA (-3,0%) und ROM (-4,3%). Am Ende des Jahres 2019 wurden die niedrigsten Verschuldungsquoten (öffentlicher Schuldenstand im Verhältnis zum BIP) in EST (8,4%), BUL (20,4%), LUX (22,1%), CZR (30,8%) und DNK (33,2%) verzeichnet. Elf MS wiesen eine Verschuldungsquote von mehr als 60% des BIP auf. Die höchsten Verschuldungsquoten wurden in GRI (176,6%), ITL (134,8%), PTL (117,7%), BEL (98,6%), FRA (98,1%), ESP und CYP (je 95,5%) registriert.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294652/2-22042020-AP-DE.pdf/657cebd6-81a6-1d93-daf4-78ecf3546d97>

Soziales

EuGH; Homophobe Äußerungen stellen auch außerhalb des Auswahlverfahrens eine berufliche Diskriminierung dar.

Homophobe Äußerungen können auch dann eine Diskriminierung in Beschäftigung darstellen, wenn sie außerhalb eines Auswahlverfahrens getätigt werden. Dies urteilte der EuGH am 23.04.2020 in der Rechtssache Associazione Avvocatura per i diritti LGBTI – Rete Lenford (C-507/18). Ein Verstoß gegen die Antidiskriminierungsrichtlinie liege auch dann vor, wenn eine für die Unternehmenspolitik einflussreiche Person medial von der Einstellung von Personen mit bestimmter sexueller Ausrichtung abraten würde. Somit können auch in Fällen Schadensansprüche gerichtlich geltend gemacht werden, in denen sich kein Geschädigter feststellen lässt. Im konkreten Rechtsstreit hatte ein Rechtsanwalt in einer Radiosendung verlautbaren lassen, dass er in seiner Kanzlei keine homosexuellen Personen einstellen oder beschäftigen würde. Geklagt hatte eine italienische Vereinigung von Rechtsanwälten, die für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern oder Intersexuellen (LGBTI) eintreten.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=6DC61DF933AD604E2FD46FE211991121?text=&docid=225526&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=7092214>

EuGH; Urteil in der Rechtssache C-28/19 zur Transparenz von Preisangeboten von Luftfahrtunternehmen

Der EuGH hat mit seinem Urteil vom 23.04.2020 in der Rechtssache C-28/19 entschieden, dass Luftfahrtunternehmen ab der Veröffentlichung ihrer Preisangebote im Internet neben dem reinen Flugpreis sämtliche unvermeidbaren Steuern, Gebühren, Zuschläge und Entgelte angeben müssen. Das gelte für die Mehrwertsteuer auf Inlandsflüge sowie die Gebühren für Kreditkartenzahlung sowie die Check-in-Gebühren, wenn keine andere kostenfreie Art des Check-ins angeboten wird. Hingegen habe das Flugunternehmen die fakultativen Zusatzkosten erst zu Beginn des Buchungsverfahrens klar und transparent mitzuteilen. Die italienische Wettbewerbsbehörde hatte Ryanair wegen unlauterer Geschäftspraktiken bei der Angabe von Flugpreisen abgemahnt und Verwaltungsstrafen gegen sie verhängt. Sie wirft Ryanair u.a. vor, im Buchungsportal zu niedrige Preise angegeben zu haben, indem die Gebühren für das Web-Check-in und „Verwaltungskosten“ für die Bezahlung per Kreditkarte als fakultative Gebühren eingestuft worden seien. Außerdem seien die Kunden nicht ausreichend über die Anwendung der Mehrwertsteuer und fakultative Zuschläge für Inlandsflüge informiert worden.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=225530&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4158562>

Umwelt

EuGH; Urteil in der Rechtssache C-161/19 – Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik AUT wegen Jagd auf wildlebende Vögel

Der EuGH entschied mit seinem Urteil vom 23.04.2020 in der Rechtssache C-161/19, dass die Republik AUT gegen ihre Verpflichtungen aus Art.7 Abs.4 der Richtlinie 2009/147/EG des EP und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten verstoßen hat, indem sie die Frühjahrsjagd auf die männliche Waldschnepfe (*Scolopax rusticola*) im Land Niederösterreich erlaubt hat. Die Kommission hatte AUT vor dem EuGH wegen Verstoßes gegen die Vogelschutzrichtlinie verklagt, weil das Land Niederösterreich die Frühjahrsjagd auf Waldschnepfenhähne in der Zeit vom 01.03.-15.04. während ihres Balzfluges genehmigt habe. Nach der Vogelschutzrichtlinie sei die Jagd im Zeitraum der Brut und Aufzucht jedoch untersagt.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=225530&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4158562>

Justiz

EuGH; Polnische Disziplinarkammer für Richter

Der EuGH hat am 08.04.2020 in der Rechtssache C-791/19 (Kommission / POL) im Wege einer einstweiligen Anordnung entschieden, dass POL die Anwendung der nationalen Bestimmungen über die Zuständigkeiten der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts für Disziplinarsachen gegen Richter unverzüglich auszusetzen hat. Nach Ansicht des Gerichtshofs ist die Problematik der Gewährleistung der Unabhängigkeit der Disziplinarkammer als zuständiger Spruchkörper für die

Entscheidung in Disziplinarsachen gegen die Richter des Obersten Gerichts und der ordentlichen Gerichtsbarkeit wesentlich für die Wahrung der Unabhängigkeit sowohl des Obersten Gerichts als auch der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Der Gerichtshof führt aus, dass der Umstand, dass die Unabhängigkeit des Obersten Gerichts nicht gewährleistet werden kann, für die Unionsrechtsordnung und damit für die Rechte, die die Bürger aus dem Unionsrecht ableiten, sowie für die in Art. 2 EUV genannten Werte, auf die sich die EU gründet, insbesondere die Rechtsstaatlichkeit, einen schweren Schaden hervorrufen kann.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=225141&pageIndex=0&doclang=FR&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=6951759> (französisch; keine deutsche Übersetzung)

In n e r e s

Kommission; 50 unbegleitete Minderjährige von GRI nach DEU umgesiedelt

Am 18.04.2020 wurden 50 unbegleitete Minderjährige im Rahmen eines Aktionsplans der Kommission von den griechischen Inseln nach DEU umgesiedelt, nachdem LUX bereits am 15.04.2020 zwölf unbegleitete Minderjährige aufgenommen hatte. Der Aktionsplan, der von der Kommission, der griechischen Regierung, dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) auch als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie erarbeitet wurde, sieht die Umsiedlung von rund 1.500 unbegleiteten Minderjährigen von den griechischen Inseln in mehrere Mitgliedstaaten (MS) vor. Darüber hinaus sollen 2.400 besonders gefährdete Personen von den griechischen Inseln in Unterkünfte auf dem Festland verlegt werden. Bisher haben zehn MS (BEL, BUL, FRA, KRO, FIN, DEU, IRL, PTL, LUX, LIT) und die Schweiz zugesagt, sich an den Umsiedlungen mit der Bereitstellung von 1.600 Aufnahmeplätzen zu beteiligen. Die Umsiedlungen waren zuletzt durch die in allen MS erlassenen Beschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens aufgrund der Covid-19-Pandemie erschwert und verzögert worden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_668

EuGH; Beschränkte Anrechnung von gleichwertiger Berufserfahrung in einem anderen Mitgliedstaat verstößt gegen die Arbeitnehmerfreizügigkeit

Am 23.04.2020 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-710/18 Land Niedersachsen u.a., dass eine nationale Regelung, die eine Anrechnung von in einem anderen Mitgliedstaat (MS) erworbenen Vordienstzeiten für gleichwertige Tätigkeiten als Lehrer auf insgesamt bis zu drei Jahre begrenze, gegen das Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Art. 45 Abs. 1 AEUV verstoße. Eine solche Regelung sei geeignet, Arbeitnehmer davon abzuhalten, mehr als drei Jahre einer Tätigkeit als Lehrer oder einer vergleichbaren Tätigkeit in einem anderen MS nachzugehen, wenn sie befürchten müssten, dass ihre erworbene Berufserfahrung nicht vollständig angerechnet werde. Der Verstoß gegen Art. 45 Abs. 1 AEUV könne auch nicht dadurch gerechtfertigt werden, dass mit der Regelung eine Gleichbehandlung von befristet und unbefristet Beschäftigten hergestellt werden solle, indem bei wiederholten Befristungen ein Stufenaufstieg ermöglicht werde. Denn um Gleichbehandlung herzustellen sei es nicht erforderlich, die im Ausland erworbene gleichwertige Berufserfahrung teilweise nicht zu berücksichtigen. Der Entscheidung liegt der Fall einer deutschen Staatsangehörigen zu Grunde, die 17 Jahre in FRA als Lehrerin tätig gewesen war, bevor sie durch das Land Niedersachsen als Lehrerin eingestellt wurde.

Ihre in FRA erworbene Berufserfahrung war ihr nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder nur teilweise angerechnet worden.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=225528&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4176734>

EuGH; Schlussanträge zur Unionsrechtswidrigkeit der Behandlung von Asylantragstellern in HUN

Am 23.04.2020 legte Generalanwalt Priit Pikamäe seine Schlussanträge in den verbundenen Eilvorabentscheidungsverfahren C-924/19 PPU und C-925/19 PPU u.a. vor. Ungarische Behörden hatten die Asylanträge zweier afghanischer und zweier iranischer Staatsbürger als unzulässig abgelehnt, da sie in Serbien, von wo aus sie nach HUN eingereist waren, weder einer Verfolgung noch der Gefahr eines ernsthaften Schadens ausgesetzt gewesen seien. Gegen diese Entscheidung gerichtete Klagen lehnte das zuständige ungarische Gericht ohne Prüfung in der Sache ab. Als Serbien die Rücknahme der Antragsteller verweigerte, wurden Afghanistan bzw. Iran als Zielländer der Rückführung angegeben und die Antragsteller in die Transitzone Röszke verbracht. Diese Zone ist durch einen hohen Zaun und Stacheldraht abgegrenzt, die Unterbringung erfolgt in Metallcontainern, die Zone darf nur in Einzelfällen in polizeilicher Begleitung verlassen werden. Die Antragsteller wandten sich auf dem Klageweg gegen die Änderung des Ziellandes ihrer Rückführung und beantragten ein erneutes Asylverfahren. Zudem beantragten sie die Feststellung, dass die ungarische Asylbehörde es rechtswidrig unterlassen habe, ihnen einen Aufenthaltsort außerhalb der Transitzone zuzuweisen. Im Hinblick auf die Asylverfahren der Kläger vertritt der Generalanwalt die Auffassung, dass die Unzulässigkeitsgründe für Anträge auf internationalen Schutz nach der Richtlinie 2013/32/EU zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (Asylverfahrensrichtlinie) abschließend seien, sodass die Richtlinie grundsätzlich einer ungarischen Regelung entgegenstehe, die einen Unzulässigkeitsgrund „sicheres Transitland“ vorsehe. Darüber hinaus ähnele der Begriff des „sicheren Transitlandes“ dem des sicheren Drittstaats im Sinne der Asylverfahrensrichtlinie, auch wenn beide Begriffe nicht deckungsgleich seien. Daher sei infolge der Nichtrückübernahme von Asylbewerbern durch die serbischen Behörden nach den Bestimmungen der Asylverfahrensrichtlinie vorzugehen, die HUN zur Sicherstellung der Prüfung des Asylgesuchs verpflichteten. Betreffend die Unterbringung der Kläger in der Transitzone Röszke ist der Generalanwalt der Auffassung, dass es sich bei dieser um eine Haft im Sinne der Richtlinie 2013/33/EU zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Aufnahmerichtlinie), handele.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-04/cp200050en.pdf>

Bildung und Kultur

Kommission, EIF; Pilotprojekt zur Entwicklung von Kompetenzen und Bildung

Die Kommission und der Europäische Investitionsfonds (EIF) haben am 22.04.2020 die Einführung einer neuen Pilot-Bürgerschaftsfazilität für Kompetenzen und Bildung („S&E Pilot“) bekanntgegeben. Diese soll dazu dienen, Einzelpersonen und Organisationen, die in Kompetenzen und Bildung investieren möchten, den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. Die EU-Bürgerschaft in Höhe von bis zu 50 Mio. EUR wird durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) garantiert und soll Fremdfinanzierungen in Höhe von mehr als 200 Mio. EUR für Projekte in den Bereichen Kompetenzen und Bildung mobilisieren. Der EIF bietet eine

Erstausfallgarantie oder Rückbürgschaft für ausgewählte Finanzintermediäre, die neue Fremdfinanzierungsportfolios für Studierende und Unternehmen aufbauen möchten. So können Studierende und Unternehmen durch Intermediäre wie Finanzinstitutionen, Hochschulen und Berufsbildungszentren Zugang zu verschiedenen Arten der Finanzierung (z.B. Darlehen, Zahlungsaufschübe, einkommensabhängige Darlehen), die von der EU garantiert werden, erhalten. Es ist geplant, die Initiative im Jahr 2020 zu erproben und anschließend als allgemeines europäisches Finanzierungsinstrument in den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (2021-2027) aufzunehmen.

https://www.eif.org/what_we_do/guarantees/skills-and-education-guarantee-pilot/index.htm

V e r a n s t a l t u n g e n

Coronakrise – Auswirkungen auf den Green Deal und die Umweltpolitik

Bereits zum dritten Mal hat die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich am 23.04.2020 zu einer Veranstaltung im Rahmen der im April 2020 eingeführten Reihe „Hessen´s Livestream“ in die Hessische Landesvertretung eingeladen. Über 400 Gäste schalteten sich zu der Veranstaltung mit dem Titel „Coronakrise – Auswirkungen auf den Green Deal und die Umweltpolitik“ ein. Europaministerin Puttrich wies in ihrer Einführung auf mögliche Gefahren hin, die dem Green Deal durch die Corona-Krise drohen könnten. Es stelle sich die Frage, ob der Green Deal wie ein Konjunkturprogramm, was ja nach der Krise nötig sei, wirke oder ob er eher in den Hintergrund trete, so die Ministerin. Diese und weitere Fragen aus dem Publikum diskutierten Carmen Preising, Stellvertretende Kabinettschefin des Kommissars für Umwelt, Meere und Fischerei Virginijus Sinkevičius, und Hendrik Kafsack, FAZ-Korrespondent in Brüssel. Carmen Preising wies eingangs darauf hin, dass Forderungen, einzelne Maßnahmen des Green Deals unter dem Eindruck von Corona zu verschieben, bereits verstummt seien. Klimaschutz und Umweltthemen stünden immer noch weit oben auf der Prioritätenliste. Forderungen aus mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten mit dem Tenor, man müsse jetzt eher wirtschaftliche Interessen und weniger Klima- und Umweltschutz in den Vordergrund stellen, begegnete Preising damit, dass gerade der wirtschaftliche Wiederaufbau die Lehren aus der Corona-Krise berücksichtigen müsse. Die EU müsse nachhaltiger, klimaneutral und krisenresistenter daraus vorgehen. Unter Berücksichtigung von Gesundheits-, Umwelt- und Wirtschaftsaspekten könnten Projekte angestoßen werden, die erhebliche Beiträge zum Wachstum leisten würden. Als konkretes Beispiel sprach Hendrik Kafsack die Kreislaufwirtschaft an. Preising stellte heraus, dass die aktuelle Krise zeige, wie z.B. die Lebensmittelerzeugung, die Vorteile kürzerer Versorgungswege und ein sparsamer Umgang mit natürlichen Ressourcen miteinander kombiniert werden könnten. Wie in jeder neuen Kommission sei man noch in der ersten Phase, d.h. bei den großen Linien. Konkret sei bald mit Gesetzgebungsvorschlägen zur Kreislaufwirtschaft, die sich mit Produktzyklen, Herstellung, Ressourcenverbrauch und Ökodesign beschäftigen würden, zu rechnen. Vorrangig sei derzeit eine Überprüfung des Arbeitsprogramms der Kommission. Prioritäten müssten neu gesetzt werden: Was könne schnell Arbeitsplätze schaffen und was könne zeitlich verschoben werden, so Preising. Diese Verschiebungen ergäben sich aus den durch Corona veränderten Anforderungen an die Folgenabschätzung. Ähnlich sei die Lage auch beim Mehrjährigen Finanzrahmen. Schwerpunkt aller Kommissionsaktivitäten seien im Moment Investitionen, die zu sofort verfügbaren Arbeitsplätzen beitragen. Auf eine Frage von Hendrik Kafsack und

Zuschauern zur Landwirtschaft und deren Rolle unterstrich Preising, dass die Landwirte bei der Erreichung von Klimazielen und bei der Versorgungssicherheit eine Schlüsselposition hätten. Sie würden schließlich an vorderster Front unter Dürren und anderen Phänomenen der Klimaveränderung leiden. Weitere Themen waren die Situation im Verkehr, dessen Klimaziele und andere Umweltaspekte wie z.B. Bodenschutz und Flächenverbrauch, die von Gästen in die Diskussion eingebracht wurden. Frau Preising betonte insbesondere die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Nachhaltigkeit. Schon vor Corona, so die Antwort auf die Frage eines Zuschauers, sei den Sektoren Verkehr und Landwirtschaft im Rahmen des Green Deals sehr hohe Priorität eingeräumt worden. Teil einer Mobilitäts- und Emissionsvermeidungsstrategie seien z.B. saubere Flugzeugkraftstoffe. Abschließend wies Preising auf die Schlüsselstellung der Ozeane als CO₂-Speicher einerseits und Gefahrenquelle andererseits (weltweites Ansteigen des Meeresspiegels) hin.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

27.04.2020	Per Videokonferenz: Beratungen der für Tourismus zuständigen Minister
28.04.2020	Per Videokonferenz: Beratungen der Energieminister Per Videokonferenz: Beratungen der Innenminister
29.04.2020	Per Videokonferenz: Beratungen der Verkehrsminister

Europäische Kommission

29.04.2020	Sachstand Maßnahmen gegen COVID-19 Orientierungsdebatte neuer Mehrjähriger Finanzrahmen Mitteilung: Beitrag der Kommission zum Westbalkan Gipfel am 06.05.2020
06.05.2020	Die Tagesordnung liegt noch nicht vor.

Europäisches Parlament

In den nächsten zwei Wochen findet keine EP-Plenartagung statt.

Ausschuss der Regionen

In den nächsten zwei Wochen finden keine Sitzungen statt.

Europäischer Gerichtshof

30.04.2020	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-584/18 (Blue Air): Verweigerung der Flugbeförderung mangels Visum
30.04.2020	Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-168/19 und C-169/19 (Istituto Nazionale della Previdenza Sociale): Besteuerung italienischer Pensionen bei Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat
30.04.2020	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-211/19 (Készenléti Rendőrség): Bereitschaftsdienst bei ungarischer Grenzschutz-Einsatzgruppe
30.04.2020	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-191/19 (Air Nostrum): Fluggastrechte
30.04.2020	Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-693/18 (CLCV u. a.): Stickoxidausstoß von Dieselfahrzeugen
30.04.2020	Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-287/19 (DenizBank): Missbrauchsrisiko bei kontaktlosem Zahlen ohne PIN

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 08.05.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA